

AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES
Herausgegeben von der Behörde für Justiz und Gleichstellung der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 35

FREITAG, DEN 3. MAI

2013

Inhalt:

	Seite		Seite
Nachrichtliche Denkmalliste	709	Öffentliche Auslegung eines Bebauungsplan-Entwurfs	710
Mandatsveränderungen in der Hamburgischen Bürgerschaft und in den Bezirksversammlungen	709	Auslegung der Vorschlagslisten für die Wahl der Schöffen	711
Auslegung der Vorschlagslisten für die Wahl der Schöffen und Jugendschöffen an den Amtsgerichten Altona, Blankenese und Hamburg sowie am Landgericht Hamburg (Amtsperiode 2014 bis 2018)	710	Dritte Änderung der Satzung der Handwerkskammer Hamburg	711

BEKANNTMACHUNGEN

Nachrichtliche Denkmalliste

Die Freie und Hansestadt Hamburg, Kulturbehörde, hat gemäß § 28 des Denkmalschutzgesetzes vom 5. April 2013 (HmbGVBl. S. 142) das bisherige Verzeichnis der erkannten Denkmäler und die bisherige Denkmalliste in eine nachrichtliche Denkmalliste überführt und diese veröffentlicht.

Die nachrichtliche Denkmalliste ist auf der Internetseite der Kulturbehörde unter www.denkmalschutzamt.hamburg.de einsehbar. Sie kann auch in der Kulturbehörde, Denkmalschutzamt, Große Bleichen 30, 20354 Hamburg, im Staatsarchiv, Kattunbleiche 19, 22041 Hamburg, und in den Bezirksämtern (Bezirksamt Altona, Jessenstraße 1-3, 22767 Hamburg; Bezirksamt Bergedorf, Wentorfer Straße 38 a, 21029 Hamburg; Bezirksamt Eimsbüttel, Grindelberg 66, 20144 Hamburg; Bezirksamt Hamburg-Mitte, Klosterwall 8, Block D, 20095 Hamburg; Bezirksamt Hamburg-Nord, Kümmellstraße 6, 20249 Hamburg; Bezirksamt Harburg, Harburger Rathausplatz 4, 21073 Hamburg; Bezirksamt Wandsbek, Schloßgarten 9, 22041 Hamburg) während der Dienststunden eingesehen werden.

Gleichzeitig erfolgt damit eine öffentliche Bekanntmachung nach § 6 Absatz 3 des Denkmalschutzgesetzes für die Fälle, in denen die Ermittlung des oder der Verfügungsberechtigten nicht oder nur mit unverhältnismäßigen Schwierigkeiten oder Kosten möglich ist, sowie für die Fälle, in denen mehr als 20 Verfügungsberechtigte betroffen sind.

Hamburg, den 2. Mai 2013

Die Kulturbehörde

Amtl. Anz. S. 709

Mandatsveränderungen in der Hamburgischen Bürgerschaft und in den Bezirksversammlungen

Mitteilung Nummer 20 über Mandatswechsel in den 19. Bezirksversammlungen

Nach dem Gesetz über die Wahl zur Hamburgischen Bürgerschaft (BüWG) in der Fassung vom 22. Juli 1986 (HmbGVBl. S. 223), zuletzt geändert am 19. Februar 2013 (HmbGVBl. S. 48), anzuwenden nach dem Gesetz über die Wahl zu den Bezirksversammlungen (BezVWG) in der Fassung vom 5. Juli 2004 (HmbGVBl. S. 313), zuletzt geändert am 19. Februar 2013 (HmbGVBl. S. 48), und in Fortschreibung meiner Mitteilung im Amtlichen Anzeiger vom 23. April 2013 (S. 641) gebe ich bekannt:

Mandatswechsel in der Bezirksversammlung Bergedorf

Herr Lutz Jobs (laufende Nummer 6 auf dem Wahlvorschlag der DIE LINKE [DIE LINKE] im Wahlkreis 15) hat sein Mandat mit Wirkung vom 28. März 2013 niedergelegt.

An seiner Stelle wurde Herr Özgür Yildiz (laufende Nummer 10 auf dem Wahlvorschlag der DIE LINKE im Wahlkreis 15) als nachfolgende noch nicht gewählte Person mit der nächst niedrigeren Stimmenzahl auf dem Wahlvorschlag der DIE LINKE im Wahlkreis 15 nach §§ 38 Absatz 1 BüWG, 1 BezVWG für gewählt erklärt.

Herr Özgür Yildiz hat die Wahl am 12. April 2013 angenommen.

Hamburg, den 3. Mai 2013

Der Landeswahlleiter

Amtl. Anz. S. 709

Auslegung der Vorschlagslisten für die Wahl der Schöffen und Jugendschöffen an den Amtsgerichten Altona, Blankenese und Hamburg sowie am Landgericht Hamburg (Amtsperiode 2014 bis 2018)

Die vom Bezirksamt Altona aufgestellten Vorschlagslisten für die Wahl der Schöffen und Jugendschöffen an den Amtsgerichten Altona, Blankenese und Hamburg sowie am Landgericht Hamburg liegen vom 13. Mai 2013 bis zum 21. Mai 2013 (montags bis freitags 7.00 Uhr bis 15.00 Uhr oder nach vorheriger Anmeldung bei der Wahlgeschäftsstelle, siehe unten) zu jedermanns Einsicht in der Poststelle des Bezirksamtes Altona, Platz der Republik 1, Erdgeschoss, Zimmer 21, 22765 Hamburg, aus.

Gegen die Vorschlagslisten kann bis zum 28. Mai 2013 beim Bezirksamt Altona schriftlich oder zu Protokoll mit der Begründung Einspruch erhoben werden, dass in die Vorschlagslisten Personen aufgenommen sind, die nicht aufgenommen werden durften oder nicht aufgenommen werden sollten.

Für Rückfragen: Wahlgeschäftsstelle Altona, Telefon: 040/4 28 11-21 74, oder E-Mail: Schoeffen@altona.hamburg.de.

Hamburg, den 18. April 2013

**Das Bezirksamt Altona
– Wahlgeschäftsstelle und Fachamt
Jugend- und Familienhilfe –**

Amtl. Anz. S. 710

Öffentliche Auslegung eines Bebauungsplan-Entwurfs

Das Bezirksamt Wandsbek hat beschlossen, folgenden Bebauungsplan-Entwurf gemäß § 4a Absatz 3 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2415), zuletzt geändert am 22. Juli 2011 (BGBl. I S. 1509), erneut öffentlich auszulegen:

Bebauungsplan Wandsbek 75



Das Gebiet wird wie folgt begrenzt: Königsreihe – Wandsbeker Königstraße – Brauhausstieg – Brauhausstraße.

Das Planverfahren wird gemäß § 13 a BauGB als Plan der Innenentwicklung durchgeführt, von einer Umweltprüfung wird gemäß § 13 Absatz 3 Satz 2 BauGB abgesehen.

Da das Vorhaben einer geordneten städtebaulichen Entwicklung entspricht, wird der Flächennutzungsplan gemäß

§ 13 a BauGB für den Bereich des Bebauungsplanes berichtigt. Das Landschaftsprogramm wird entsprechend angepasst.

Durch die Aufstellung des aus dem Masterplan für das Brauhausviertel abgeleiteten Bebauungsplans sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine der Lage entsprechende, geordnete, verdichtete und raumbildende Bebauungsstruktur geschaffen werden.

In Teilgebieten soll der Bebauungsplan eine verstärkte Nutzungsmischung und unter anderem die Ansiedlung von Wohnnutzungen ermöglichen. Der Bebauungsplan soll außerdem die Voraussetzungen zur Herstellung einer neuen zentralen Erschließungsachse für Fußgänger und Radfahrer sowie gegebenenfalls Anliegerverkehr schaffen. Die Entwicklungsspielräume gewerblicher Nutzungen sollen mit dem Bebauungsplan insbesondere westlich der zentralen Fußgängerachse festgelegt und gesichert werden.

Die Zulässigkeit von Einzelhandel, Vergnügungsstätten sowie Bordellen und bordellartigen Nutzungen sowie Verkaufsräumen und Verkaufsflächen, Vorführ- und Geschäftsräumen, deren Zweck auf den Verkauf von Artikeln, auf Darstellungen oder Handlungen mit sexuellem Charakter ausgerichtet ist, soll im Gewerbegebiet und im Mischgebiet reguliert bzw. ausgeschlossen werden, um Nutzungskonflikte und Trading-Down-Effekte zu vermeiden und die vorgesehenen Baugebiete entsprechend ihrer Zweckbestimmung zu sichern.

Der Entwurf (zeichnerische Darstellung mit textlichen Festsetzungen und Begründung) wird in der Zeit vom 13. Mai 2013 bis einschließlich 14. Juni 2013 an den Werktagen (außer sonnabends) montags bis donnerstags zwischen 9.00 Uhr und 16.00 Uhr und freitags zwischen 9.00 Uhr und 14.00 Uhr im Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung des Bezirksamtes Wandsbek, Am Alten Posthaus 2, IV. Obergeschoss (Flur), 22041 Hamburg, öffentlich ausgelegt.

Es liegen Informationen zu folgenden umweltrelevanten Aspekten vor:

- Verkehrsuntersuchung vom November 2011.
- Lärmtechnische Untersuchung vom Februar 2012.

Sie enthalten die folgenden Arten umweltbezogener Informationen mit folgenden wesentlichen Auswirkungen auf den Menschen: Informationen zur Lärmsituation auf Grund des veränderten Verkehrsaufkommens und Gewerbelärms.

Diese Unterlagen können während der öffentlichen Auslegung beim Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung des Bezirksamtes Wandsbek eingesehen werden.

Während der öffentlichen Auslegung können gemäß § 4 a Absatz 3 Satz 2 BauGB Anregungen nur zu dem gegenüber der ersten öffentlichen Auslegung geänderten Teil des ausliegenden Bebauungsplan-Entwurfs bei der genannten Dienststelle schriftlich oder zur Niederschrift abgegeben werden. Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben. Ein Antrag nach § 47 Absatz 2 a der Verwaltungsgerichtsordnung ist unzulässig, soweit mit ihm Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.

Hamburg, den 26. April 2013

Das Bezirksamt Wandsbek

Amtl. Anz. S. 710

Auslegung der Vorschlagslisten für die Wahl der Schöffen

Die vom Bezirksamt Wandsbek aufgestellten Vorschlagslisten für die Wahl der Schöffen für die Amtszeit 2014 bis 2018 liegen vom 6. Mai 2013 bis 13. Juni 2013 werktags (außer sonntags) zu jedermanns Einsicht im Bezirksamt Wandsbek, Schloßstraße 60, II. Obergeschoss, Zimmer 279, 22041 Hamburg, aus. Öffnungszeiten: montags bis donnerstags 8.00 Uhr bis 15.00 Uhr, freitags 8.00 Uhr bis 14.00 Uhr.

Gegen die Vorschlagslisten kann binnen einer Woche nach der Auslegung beim Bezirksamt Wandsbek schriftlich oder zu Protokoll Einspruch erhoben werden mit der Begründung, dass in die Vorschlagslisten Personen aufgenommen worden sind, die nicht aufgenommen werden durften oder nicht aufgenommen werden sollten.

Hamburg, den 26. April 2013

Das Bezirksamt Wandsbek

Amtl. Anz. S. 711

Dritte Änderung der Satzung der Handwerkskammer Hamburg

Vom 27. März 2013

Auf Grund von § 105 Absatz 1 Satz 2 und § 106 Absatz 1 Nummer 14 der Handwerksordnung in der Fassung vom 24. September 1998 (BGBl. I S. 3074), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 5. Dezember 2012 (BGBl. I S. 2415), hat die Vollversammlung der Handwerkskammer Hamburg in ihrer Sitzung am 27. März 2013 die nachstehenden, von der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation genehmigten Änderungen der Satzung beschlossen:

§ 1

Die Satzung der Handwerkskammer Hamburg in der Fassung vom 15. Dezember 2005 (Amtl. Anz. 2006 S. 346) zu-

letzt geändert am 29. September 2009 (Amtl. Anz. S. 2454), wird wie folgt geändert:

§ 44 wird wie folgt gefasst:

„§ 44

(1) Die Bekanntmachungen der Handwerkskammer sind in der Zeitschrift „NordHandwerk“ zu veröffentlichen.

Einer Veröffentlichung im „NordHandwerk“ wird gleichgestellt die Aufnahme der Bekanntmachungen der Handwerkskammer auf der Homepage unter www.hwk-hamburg.de unter der Rubrik „Rechtsgrundlagen“. Dabei ist sicherzustellen, dass im „NordHandwerk“ die Bezeichnung der Rechtsvorschrift, das Datum des Inkrafttretens und die Fundstelle auf der Homepage der Handwerkskammer Hamburg veröffentlicht werden.

(2) Eine insgesamt neu zu beschließende Satzung ist außerdem in dem amtlichen Organ der für den Sitz der Handwerkskammer zuständigen Verwaltungsbehörde bekannt zu machen.

Änderungen sind gemäß Absatz 1 bekannt zu machen.“

§ 2

Die Änderungen der Satzung treten am 2. Mai 2013 in Kraft.

Hamburg, den 27. März 2013

Handwerkskammer Hamburg
gez. **Josef Katzer** gez. **Frank Glücklich**
– Präsident – – Hauptgeschäftsführer –

Die Genehmigung der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation ist am 10. April 2013 erteilt worden.

Hamburg, ausgefertigt, 10. April 2013

Handwerkskammer Hamburg
gez. **Josef Katzer** gez. **Frank Glücklich**
– Präsident – – Hauptgeschäftsführer –

Amtl. Anz. S. 711

ANZEIGENTEIL

Behördliche Mitteilungen

Öffentliche Ausschreibung

Vergabenummer: 13 A 0139

- a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 200,
Telefax: + 49 (0)40 / 4 27 92 - 12 00
E-Mail: PoststelleBundesbauabteilung@bba.hamburg.de
- b) Vergabeverfahren:
Öffentliche Ausschreibung, VOB/A
Vergabenummer: **13 A 0139**
Dachabdichtungs- und Klempnerarbeiten Gebäude 33
84112 B 2013 TM 2,
Bauunterhalt General Graf von Baudissin Kaserne
- c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen: –
- d) Art des Auftrages: **Ausführen von Bauleistungen**

- e) Ort der Ausführung:
**General Graf von Baudissin Kaserne,
Blomkamp 61, Hamburg, Gebäude 33**
- f) Art und Umfang der Leistung, allgemeine Merkmale der baulichen Anlage:
Allgemeine Merkmale der baulichen Anlage:
Eingeschossiges Gebäude auf dem Gelände der Führungsakademie.
Art und Umfang der Leistung:
390 m² beschieferte Bitumenschweißbahn aufbringen,
35 m Attikaabdeckung aus Titanzinkblech erneuern,
diverse Anschlüsse herstellen.
- g) Erbringen von Planungsleistungen: Nein
- h) Aufteilung in Lose: Nein
- i) Ausführungsfrist:
Beginn der Ausführung: 15. Juli 2013
Fertigstellung der Leistungen bis: 16. August 2013

- j) Nebenangebote: sind zugelassen
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen:
bei Vergabestelle, siehe Buchstabe a).
Bewerbungsschluss: 15. Mai 2013
Versand der Verdingungsunterlagen: 23. Mai 2013
- l) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform:
Höhe des Entgeltes: 8,- Euro
Zahlungsweise: Banküberweisung
Bargeld, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen!
Empfänger: siehe Buchstabe a)
Kontonummer: 1 027 210 333
BLZ: 200 505 50, Geldinstitut: Hamburger Sparkasse
IBAN: DE 22 200 505 50 1027 2103 33
BIC-Code: HASPDEHHXXX
Verwendungszweck:
Kauf der Verdingungsunterlagen 13 A 0139
Fehlt der Verwendungszweck auf Ihrer Überweisung, so ist die Zahlung nicht zuordenbar und Sie erhalten keine Unterlagen.
Hinweis:
Die Vergabeunterlagen können nur versandt werden, wenn
- auf der Überweisung der Verwendungszweck angegeben wurde,
 - gleichzeitig mit der Überweisung die Vergabeunterlagen per Brief oder E-Mail (unter Angabe der vollständigen Firmenadresse) bei der Vergabestelle (siehe Buchstabe a) angefordert wurden,
 - das Entgelt auf dem Konto des Empfängers eingegangen ist.
- Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.
- o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).
- q) Angebotseröffnung:
13. Juni 2013, 10.00 Uhr,
Ort: siehe Buchstabe a)
Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen: Bieter und ihre Bevollmächtigten
- r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen
- t) Rechtsform der Bietergemeinschaften:
selbstschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Nachweise zur Eignung:
Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmern ist auf Verlangen nachzuweisen, dass die vorgesehenen Nachunternehmer präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.
Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmern sind die Eigenerklärungen auch für die vorgesehenen Nachunternehmern abzugeben, es sei denn, die Nachunternehmer sind präqualifiziert. In diesem Fall reicht die Angabe der Nummer, unter der die Nachunternehmer in der Liste

des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmern) durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen.

Das Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung) ist erhältlich.

Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6 Absatz 3 Nr. 3 VOB/A zu machen: –

- v) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist: 15. Juli 2013
- w) Nachprüfung behaupteter Verstöße:
Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 450
Zur Überprüfung der Zuordnung zum 20%-Kontingent für nicht EU-weite Vergabeverfahren (§ 2 Nr. 6 VgV):
Vergabekammer (§ 104 GWB)
- x) Sonstige Angaben:
Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt erteilt: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).
Technische Fragen: Herr Diedrich
Telefon: 040 / 86 67 35 93

Hamburg, den 26. April 2013

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Bundesbauabteilung –

397

Öffentliche Ausschreibung

Vergabenummer: 13 A 0144

- a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 200,
Telefax: + 49 (0)40 / 4 27 92 - 12 00
E-Mail: PoststelleBundesbauabteilung@bba.hamburg.de
- b) Vergabeverfahren:
Öffentliche Ausschreibung, VOB/A
Vergabenummer: **13 A 0144**
Tischlerarbeiten, Holzfenster Gebäude 19
84113 B 2013 TM 13,
Bauunterhalt Reichspräsident Ebert Kaserne
- c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen: –
- d) Art des Auftrages: **Ausführen von Bauleistungen**
- e) Ort der Ausführung:
Reichspräsident Ebert Kaserne,
Osdorfer Landstraße 365, Hamburg, Gebäude 19
- f) Art und Umfang der Leistung, allgemeine Merkmale der baulichen Anlage:
Allgemeine Merkmale der baulichen Anlage:
Eingeschossiges Gebäude.
Art und Umfang der Leistung:
11 Stück Fenster erneuern 3,05 x 2,65 m
- g) Erbringen von Planungsleistungen: Nein

- h) Aufteilung in Lose: Nein
- i) Ausführungsfrist:
Beginn der Ausführung: 2. Juli 2013
Fertigstellung der Leistungen bis: 16. September 2013
- j) Nebenangebote: sind zugelassen
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen:
bei Vergabestelle, siehe Buchstabe a).
Bewerbungsschluss: 14. Mai 2013
Versand der Verdingungsunterlagen: 22. Mai 2013
- l) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform:
Höhe des Entgeltes: 6,- Euro
Zahlungsweise: Banküberweisung
Bargeld, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen!
Empfänger: siehe Buchstabe a)
Kontonummer: 1 027 210 333
BLZ: 200 505 50, Geldinstitut: Hamburger Sparkasse
IBAN: DE 22 200 505 50 1027 2103 33
BIC-Code: HASPDEHHXXX
Verwendungszweck:
Kauf der Verdingungsunterlagen 13 A 0144
Fehlt der Verwendungszweck auf Ihrer Überweisung, so ist die Zahlung nicht zuordenbar und Sie erhalten keine Unterlagen.
Hinweis:
Die Vergabeunterlagen können nur versandt werden, wenn
– auf der Überweisung der Verwendungszweck angegeben wurde,
– gleichzeitig mit der Überweisung die Vergabeunterlagen per Brief oder E-Mail (unter Angabe der vollständigen Firmenadresse) bei der Vergabestelle (siehe Buchstabe a) angefordert wurden,
– das Entgelt auf dem Konto des Empfängers eingegangen ist.
Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.
- o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).
- q) Angebotseröffnung:
11. Juni 2013, 10.00 Uhr,
Ort: siehe Buchstabe a)
Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen: Bieter und ihre Bevollmächtigten
- r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen
- t) Rechtsform der Bietergemeinschaften:
selbstschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Nachweise zur Eignung:
Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmen ist auf Verlangen nachzuweisen, dass die vorgesehenen Nachunternehmen präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.
Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte

Formblatt 124 „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmen sind die Eigenerklärungen auch für die vorgesehenen Nachunternehmen abzugeben, es sei denn, die Nachunternehmen sind präqualifiziert. In diesem Fall reicht die Angabe der Nummer, unter der die Nachunternehmen in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmen) durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen.

Das Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung) ist erhältlich.

Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6 Absatz 3 Nr. 3 VOB/A zu machen: –

- v) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist: 11. Juli 2013
- w) Nachprüfung behaupteter Verstöße:
Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 450
Zur Überprüfung der Zuordnung zum 20 %-Kontingent für nicht EU-weite Vergabeverfahren (§ 2 Nr. 6 VgV):
Vergabekammer (§ 104 GWB)
- x) Sonstige Angaben:
Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt erteilt: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).
Technische Fragen: Herr Diedrich
Telefon: 040/86 67 35 93

Hamburg, den 25. April 2013

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Bundesbauabteilung –

398

Öffentliche Ausschreibung **Vergabenummer: 13 A 0146**

- a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 200,
Telefax: + 49 (0)40 / 4 27 92 - 12 00
E-Mail: PoststelleBundesbauabteilung@bba.hamburg.de
- b) Vergabeverfahren:
Öffentliche Ausschreibung, VOB/A
Vergabenummer: **13 A 0146**
Metallbauarbeiten
4113 G 0802 Grundinstandsetzung Gebäude 31
- c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen: –
- d) Art des Auftrages: **Ausführen von Bauleistungen**
- e) Ort der Ausführung:
Reichspräsident Ebert Kaserne,
Osdofer Landstraße 365, Hamburg
- f) Art und Umfang der Leistung, allgemeine Merkmale der baulichen Anlage:
Allgemeine Merkmale der baulichen Anlage:
Viergeschossiges Unterkunftsgebäude.

Art und Umfang der Leistung:

Metallbauarbeiten (Kurzbeschreibung):

- verglaste Stahlrohrrahmen-Türelemente im Innenbereich, Einzelgrößen ca. 2,5 bis 5,3 m², Anzahl: 24 Stück. Funktion als RS und EI 60 Türen mit Feststellanlage.
- F30-Festverglasung aus Stahl im Innenbereich, Einzelgröße ca. 5,5 m², Anzahl: 4 Stück.
- Pfosten-Riegelfassade aus Stahl mit Alu-Abdeckung, Einzelfassadengrößen ca. 16,2 bis 26 m², Anzahl: 4 Stück.
- Sonnenschutz-Außenraffstore für eine Fassadenfläche von ca. 16 m².

g) Erbringen von Planungsleistungen: Nein

h) Aufteilung in Lose: Nein

i) Ausführungsfrist:

Beginn der Ausführung: 10. Oktober 2013

Fertigstellung der Leistungen bis: 18. April 2014

j) Nebenangebote: sind zugelassen

k) Anforderung der Vergabeunterlagen:

bei Vergabestelle, siehe Buchstabe a).

Bewerbungsschluss: 15. Mai 2013

Versand der Verdingungsunterlagen: 23. Mai 2013

l) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform:

Höhe des Entgeltes: 12,- Euro

Zahlungsweise: Banküberweisung

Bargeld, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen!

Empfänger: siehe Buchstabe a)

Kontonummer: 1 027 210 333

BLZ: 200 505 50, Geldinstitut: Hamburger Sparkasse

IBAN: DE 22 200 505 50 1027 2103 33

BIC-Code: HASPDEHHXXX

Verwendungszweck:

Kauf der Verdingungsunterlagen 13 A 0146

Fehlt der Verwendungszweck auf Ihrer Überweisung, so ist die Zahlung nicht zuordenbar und Sie erhalten keine Unterlagen.

Hinweis:

Die Vergabeunterlagen können nur versandt werden, wenn

- auf der Überweisung der Verwendungszweck angegeben wurde,
- gleichzeitig mit der Überweisung die Vergabeunterlagen per Brief oder E-Mail (unter Angabe der vollständigen Firmenadresse) bei der Vergabestelle (siehe Buchstabe a) angefordert wurden,
- das Entgelt auf dem Konto des Empfängers eingegangen ist.

Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.

o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).

q) Angebotseröffnung:

18. Juni 2013, 10.00 Uhr,

Ort: siehe Buchstabe a)

Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen: Bieter und ihre Bevollmächtigten

r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen

t) Rechtsform der Bietergemeinschaften:

selbstschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.

u) Nachweise zur Eignung:

Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmern ist auf Verlangen nachzuweisen, dass die vorgesehenen Nachunternehmer präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmern sind die Eigenerklärungen auch für die vorgesehenen Nachunternehmern abzugeben, es sei denn, die Nachunternehmer sind präqualifiziert. In diesem Fall reicht die Angabe der Nummer, unter der die Nachunternehmer in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmer) durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen.

Das Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung) ist erhältlich.

Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6 Absatz 3 Nr. 3 VOB/A zu machen: –

v) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist: 18. Juli 2013

w) Nachprüfung behaupteter Verstöße:

Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,

Pappelallee 41, 22089 Hamburg,

Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 450

Zur Überprüfung der Zuordnung zum 20%-Kontingent für nicht EU-weite Vergabeverfahren (§ 2 Nr. 6 VgV):

Vergabekammer (§ 104 GWB)

x) Sonstige Angaben:

Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt erteilt: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).

Technische Fragen: Herr Beusen

Telefon: 040 / 4 28 42 - 277

Hamburg, den 26. April 2013

**Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Bundesbauabteilung –**

399

Öffentliche Ausschreibung

Vergabenummer: 13 A 0147

a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,

Pappelallee 41, 22089 Hamburg,

Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 2 00,

Telefax: + 49 (0)40 / 4 27 92 - 12 00

E-Mail: PoststelleBundesbauabteilung@bba.hamburg.de

b) Vergabeverfahren:

Öffentliche Ausschreibung, VOB/A

Vergabenummer: **13 A 0147**

Rohbauarbeiten

4113 G 0802 Grundinstandsetzung Gebäude 31

- c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen: –
- d) Art des Auftrages: **Ausführen von Bauleistungen**
- e) Ort der Ausführung:
**Reichspräsident Ebert Kaserne,
Osdorfer Landstraße 365, Hamburg**
- f) Art und Umfang der Leistung, allgemeine Merkmale der baulichen Anlage:
Allgemeine Merkmale der baulichen Anlage:
Viergeschossiges Unterkunftsgebäude.
Art und Umfang der Leistung:
Rohbauarbeiten (Kurzbeschreibung):
 - Erdarbeiten, Aushub und Verfüllen, ca. 210 m³
 - Stahlbetonfundamente, ca. 3 m³
 - Betonsanierung im Außenbereich ca. 12,5 m²
 - Schließen von vorhandenen Decken- und Wanddurchbrüchen, Größe bis 1,5 m²
 - Kernbohrungen in Decken und Wände aus STB und MW, ca. 360 Stück
 - Abbruch tragendes Mauerwerk, ca. 61 m²
 - Abfangkonstruktionen in Stahl, Gesamtgewicht ca. 2,5 t
 - Türöffnungen schließen, Türstürze höher legen, Türöffnungen herstellen, in bestehendem Mauerwerk, ca. 200 Stück
 - KLS-Mauerwerk/Innenwand, d = 11,5 cm und 24 cm, ca. 36 m²
 - Porenbetonmauerwerk, d = 10 cm, ca. 162 m²
 - Putzarbeiten Wände/Decken, Kalkzementputz, ca. 2400 m²
 - Deckendämmung im KG, ca. 598 m²
 - Zementestrich, ca. 770 m²
- g) Erbringen von Planungsleistungen: Nein
- h) Aufteilung in Lose: Nein
- i) Ausführungsfrist:
Beginn der Ausführung: 1. Juli 2013
Fertigstellung der Leistungen bis: 27. Februar 2014
- j) Nebenangebote: sind zugelassen
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen:
bei Vergabestelle, siehe Buchstabe a).
Bewerbungsschluss: 14. Mai 2013
Versand der Verdingungsunterlagen: 22. Mai 2013
- l) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform:
Höhe des Entgeltes: 12,– Euro
Zahlungsweise: Banküberweisung
Bargeld, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen!
Empfänger: siehe Buchstabe a)
Kontonummer: 1 027 210 333
BLZ: 200 505 50, Geldinstitut: Hamburger Sparkasse
IBAN: DE 22 200 505 50 1027 2103 33
BIC-Code: HASPDEHHXXX

Verwendungszweck:

Kauf der Verdingungsunterlagen 13 A 0147

Fehlt der Verwendungszweck auf Ihrer Überweisung, so ist die Zahlung nicht zuordenbar und Sie erhalten keine Unterlagen.

Hinweis:

Die Vergabeunterlagen können nur versandt werden, wenn

- auf der Überweisung der Verwendungszweck angegeben wurde,
- gleichzeitig mit der Überweisung die Vergabeunterlagen per Brief oder E-Mail (unter Angabe der vollständigen Firmenadresse) bei der Vergabestelle (siehe Buchstabe a) angefordert wurden,
- das Entgelt auf dem Konto des Empfängers eingegangen ist.

Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.

- o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).
- q) Angebotseröffnung:
12. Juni 2013, 10.00 Uhr,
Ort: siehe Buchstabe a)
Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen: Bieter und ihre Bevollmächtigten
- r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen
- t) Rechtsform der Bietergemeinschaften:
selbstschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Nachweise zur Eignung:
Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmen ist auf Verlangen nachzuweisen, dass die vorgesehenen Nachunternehmen präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.
Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmen sind die Eigenerklärungen auch für die vorgesehenen Nachunternehmen abzugeben, es sei denn, die Nachunternehmen sind präqualifiziert. In diesem Fall reicht die Angabe der Nummer, unter der die Nachunternehmen in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.
Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmen) durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen.
Das Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung) ist erhältlich.
Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6 Absatz 3 Nr. 3 VOB/A zu machen: –
- v) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist: 12. Juli 2013
- w) Nachprüfung behaupteter Verstöße:
Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 450

Zur Überprüfung der Zuordnung zum 20 %-Kontingent für nicht EU-weite Vergabeverfahren (§ 2 Nr. 6 VgV):
Vergabekammer (§ 104 GWB)

x) Sonstige Angaben:

Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt erteilt: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).

Technische Fragen: Herr Beusen
Telefon: 040/4 28 42 - 277

Hamburg, den 25. April 2013

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Bundesbauabteilung –

400

Beschränkte Ausschreibung
nach Öffentlichem Teilnahmewettbewerb

- a) Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Amt für Umweltschutz, Abteilung Gewässerschutz, U1,
Billstraße 84, 20539 Hamburg,
Telefon: 040/4 28 45 - 28 74, Telefax: 040/4 28 45 - 24 82
- b) Beschränkte Ausschreibung nach Öffentlichem Teilnahmewettbewerb nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A).
- c) Entfällt
- d) Ausführung von Bauleistungen.
- e) Hamburger Stadtgebiet
- f) Vergabenummer: **ÖT-U1-168/13**
Leistungsvertrag für Bohr-, Sondier- und Messstellenarbeiten auf kontaminierten Standorten, LV BSM 2013.
Die Anzahl der Firmen für einen Vertragsabschluss wird auf 4 begrenzt. Ein Anspruch auf Beteiligung an der sich anschließenden Preisanfrage besteht nicht. Die Arbeiten sollen zu einem Einheitspreis, der aus einer Mittelpreisbildung der eingereichten gültigen Angebote resultiert, durchgeführt werden. Die für eine Auftragserteilung in Frage kommenden Betriebe entscheiden selbst über einen Vertragsabschluss.
- g) Entfällt
- h) Entfällt
- i) Beginn: 1. September 2013, Ende: 31. August 2015
- j) Entfällt
- k) Entfällt
- l) Entfällt
- m) Einsendetermin für Teilnahmeanträge endet am: 23. Mai 2013, 9.30 Uhr.
Anträge sind zu richten an die:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Eröffnungsstelle, ZVA, Zimmer E231,
Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg.
Die Angebotsanforderungen werden spätestens abgesandt am: Juni 2013
- n) Entfällt
- o) Anschrift:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Eröffnungsstelle, ZVA, Zimmer E231,
Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg.
- p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.

- q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am: –
- r) siehe Vergabeunterlagen
- s) Zahlungsbedingungen: siehe Vergabeunterlagen
- t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Die Anträge auf Teilnahme am Vergabeverfahren sind in einem verschlossenen Umschlag, gekennzeichnet mit der Auftragsbezeichnung des Auftraggebers, einzureichen. Beabsichtigt der Bewerber, wesentliche Teile der Leistung von Nachunternehmen bzw. anderen Unternehmen ausführen zu lassen, muss er in seinem Teilnahmeantrag die durch Nachunternehmen auszuführenden Leistungen angeben und auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle zudem von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt Nachweise und Angaben hierzu vorlegen.

Mit dem Antrag auf Teilnahme sind vorzulegen:

- a) Benennung des Umsatzes des Unternehmens jeweils bezogen auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen, durch Vorlage einer Bestätigung des Umsatzes durch einen vereidigten Wirtschaftsprüfer/Steuerberater/oder einen entsprechend testierten Jahresabschluss oder entsprechend testierte Gewinn- und Verlustrechnungen.
- b) Benennung von Leistungen in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, durch mindestens 3 Referenzen mit schriftlicher Bestätigung des Auftraggebers, dass die Leistungen auftragsgemäß erbracht wurden.
- c) Angabe der Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Lohngruppen mit gesondert ausgewiesenem technischen Leitungspersonal.
- d) Angaben zur Eintragung in das Berufsregister ihres Sitzes oder Wohnsitzes, durch Vorlage einer Gewerbeanmeldung und eines Handelsregistrauszuges, der Eintragung in die Handwerksrolle oder bei der Industrie- und Handelskammer.
- e) Angaben, ob ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder der Antrag mangels Masse abgelehnt wurde oder ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde. Der rechtskräftige Insolvenzplan ist vorzulegen.
- f) Angaben, ob sich das Unternehmen in der Liquidation befindet.
- g) Angaben, dass nachweislich keine schweren Verfehlungen begangen wurden, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellen, durch Abgabe folgender Erklärungen: „Ich/wir erklären, dass ich/wir in den letzten 2 Jahren nicht gem. § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder gem. § 21 Abs. 1 Arbeitnehmerentsendegesetz mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2500,- Euro belegt worden bin/sind. Ferner erkläre ich/wir, dass keine wirksame Gewerbeuntersagung vorliegt, und dass kein rechtskräftiges

Urteil in den letzten 2 Jahren gegen Mitarbeiter in Leitungsfunktionen z.B. wegen wettbewerbsbeschränkender Absprachen bei Ausschreibungen (§ 298 StGB), Bestechung im geschäftlichem Verkehr (§ 299 StGB), Baugefährdung (§ 319 StGB), unerlaubter Umgang mit gefährlichen Stoffen (§ 326 StGB), Betrug (§ 263 StGB), Bestechung (§ 334 StGB) vorliegen, die mit einer Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder mit einer Geldstrafe von 90 Tagessätzen geahndet wurden.“

- h) Angaben, dass die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt wurde, durch Vorlage einer aktuellen Freistellungsbescheinigung und einer aktuellen Unbedenklichkeitsbescheinigung der Sozialkasse, die nicht älter als 12 Monate sein darf.
- i) Angaben, dass das Unternehmen bei der Berufsgenossenschaft angemeldet ist, durch Vorlage einer qualifizierten Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft bzw. des Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen, die nicht älter als 12 Monate sein darf.

– Nachweis der Qualifikation nach DVGW W120

– Angaben zur betrieblichen Mindestausstattung:

1. Hydraulisches Trockenbohrgerät mit Bohrdurchmessern von 165 bis 419 mm, bis max. 80 m Tiefe. Das Bohrgerät muss mit einer Rohrdrehanlage und hydraulischen Abfangeschellen ausgerüstet sein.
2. Rammkernsondierereinrichtung (40-80 mm, bis max. 25 m Tiefe).
3. Dreibock

Präqualifizierte Unternehmen können stattdessen im Teilnahmeantrag die Nummer angeben, unter der sie im Präqualifikationsverzeichnis eingetragen sind.

- v) Die Zuschlagsfrist endet am: –

- w) Beschwerdestelle:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Amt für Umweltschutz – UL –,
Billstraße 84, 20539 Hamburg

Hamburg, den 25. April 2013

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt 401

Beschränkte Ausschreibung nach Öffentlichem Teilnahmewettbewerb

- a) Finanzbehörde, SBH | Schulbau Hamburg,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Einkauf/Vergabe U 40, zu Händen von Janne König,
Telefon: 040/4 28 23 - 63 04, Telefax: 040/4 27 31 - 01 43,
E-Mail: VergabestelleSBH@sbh.fb.hamburg.de
- b) Beschränkte Ausschreibung nach Öffentlichem Teilnahmewettbewerb nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A).
- c) Entfällt
- d) Es wird ein zeitlich befristeter Rahmenvertrag ausgeschrieben, aufgrund dessen die vorgesehenen bis zu 25 Vertragsunternehmen (siehe unten) verpflichtet sind, ihre Leistungen auf Abruf (Einzelauftrag) zu den im Rahmenvertrag festgelegten Bedingungen auszuführen. Die Ausschreibung wird als Preisumfrage mit Leistungspositionen ohne Mengenangabe (Menge 1) durchgeführt.

Es handelt sich um ein zweistufiges Verfahren. Zunächst findet der öffentliche Teilnahmewettbewerb statt. Die Bewerbungsunterlagen für den Teilnahmewettbewerb sind bei der unter Buchstabe a) angegebenen Stelle abzufordern.

In die engere Wahl kommen nur solche Angebote, die nach Prüfung und Wertung gemäß § 16 VOB/A nicht ausgeschlossen werden.

Für die Rahmenvertragspreise werden aus den Angeboten der Bieter, die aufgrund des Teilnahmewettbewerbes zur Angebotsabgabe aufgefordert worden sind, bereinigte Mittelpreise errechnet. Das entsprechende Preisverzeichnis wird den für die Auftragserteilung in Betracht kommenden Bieterinnen und Bieter mit der Aufforderung übersandt, zu erklären, ob sie zur Ausführung der Leistungen zu den festgesetzten Preisen bereit sind.

Die Unternehmen, die diese Erklärung abgegeben haben, werden in die Liste der Vertragsunternehmen aufgenommen. Für die Liste sind insgesamt bis zu 25 Unternehmen vorgesehen. Ein Anspruch auf eine Berücksichtigung bei der Auftragsvergabe oder ein bestimmtes Auftragsvolumen kann daraus nicht abgeleitet werden.

- e) Allgemeinbildende und Berufliche Schulen der Freien und Hansestadt Hamburg.
- f) Vergabenummer: **SBH ÖT 007/2013**

Der Rahmenvertrag SBH Hochbau „ELEKTROINSTALLATIONSARBEITEN“ beinhaltet die Arbeiten in elektrotechnischen Niederspannungsanlagen der Gebäude-, Haus- und Beleuchtungstechnik, einschließlich Zuschläge und Rabattsätze.

Er dient als Auftragsgrundlage für die Vergabe von Bauleistungen für Maßnahmen der Bauunterhaltung sowie Reparaturleistungen, Havariebeseitigungen und sonstiger Unterhaltungsarbeiten von geringem Umfang.

Nach dem Rahmenvertrag können Aufträge von maximal 5000,- Euro brutto pro Einzelauftrag erteilt werden. Das Auftragsvolumen wird insgesamt für alle am Vertrag beteiligten Firmen (Firmenliste mit bis zu 25 Firmen) auf 2.115.000,- Euro/Jahr netto geschätzt.

- g) Entfällt
- h) Entfällt
- i) Beginn 1. August 2013, Ende 31. Juli 2014 mit der Option auf Verlängerung.
- j) Entfällt
- k) Entfällt
- l) Entfällt
- m) Einsendetermin für Teilnahmeanträge endet am 17. Mai 2013 um 12.00 Uhr.
Anträge sind zu richten an: Anschrift siehe Buchstabe o)
- n) Kalkulationsunterlagen erhalten nur Firmen, die den Anforderungen des ÖT entsprechen. Die Unterlagen werden voraussichtlich Ende Mai 2013 an die qualifizierten Firmen verschickt. Mit der Versendung dieser Unterlagen wird der Submissionstermin mitgeteilt. Dieser wird voraussichtlich Mitte/Ende Juni 2013 stattfinden.
- o) Anschrift:
Freie und Hansestadt Hamburg, Finanzbehörde,
SBH | Schulbau Hamburg, Einkauf/Vergabe U 40,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg
- p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am: –
Die Öffnung der Teilnahmeanträge ist nicht öffentlich.
Bieter und ihre Bevollmächtigten.

- r) Entfällt
- s) Zahlungsbedingungen: siehe Vergabeunterlagen
- t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Die Anträge auf Teilnahme am Vergabeverfahren sind in einem verschlossenen Umschlag, gekennzeichnet mit der Auftragsbezeichnung des Auftraggebers, einzureichen. Beabsichtigt der Bewerber, wesentliche Teile der Leistung von Nachunternehmen bzw. anderen Unternehmen ausführen zu lassen, muss er in seinem Teilnahmeantrag die durch Nachunternehmen auszuführenden Leistungen angeben und auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle zudem von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt Nachweise und Angaben hierzu vorlegen.

Mit dem Antrag auf Teilnahme sind vorzulegen:

- a) Benennung des Umsatzes des Unternehmens jeweils bezogen auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen, durch Vorlage einer Bestätigung des Umsatzes durch einen vereidigten Wirtschaftsprüfer/Steuerberater oder einen entsprechend testierten Jahresabschluss oder entsprechend testierte Gewinn- und Verlustrechnungen.
- b) Benennung von Leistungen in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, durch mindestens 3 Referenzen mit schriftlicher Bestätigung des Auftraggebers, dass die Leistungen auftragsgemäß erbracht wurden.
- c) Angabe der Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte gegliedert nach Lohngruppen mit gesondert ausgewiesenem technischen Leitungspersonal.
- d) Angaben zur Eintragung in das Berufsregister ihres Sitzes oder Wohnsitzes, durch Vorlage einer Gewerbeanmeldung und eines Handelsregistersauszuges, der Eintragung in die Handwerksrolle oder bei der Industrie- und Handelskammer.
- e) Angaben, ob ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder der Antrag mangels Masse abgelehnt wurde oder ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde. Der rechtskräftige Insolvenzplan ist vorzulegen.
- f) Angaben, ob sich das Unternehmen in der Liquidation befindet.
- g) Angaben, dass nachweislich keine schweren Verfehlungen begangen wurden, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellen, durch Abgabe folgender Erklärungen: „Ich/wir erklären, dass ich/wir in den letzten 2 Jahren nicht gem. § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder gem. § 21 Abs. 1 Arbeitnehmerentsendegesetz mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2500,- Euro belegt worden bin/sind. Ferner erkläre ich/wir, dass keine wirksame Gewerbeunter-sagung vorliegt, und dass kein rechtskräftiges Urteil in den letzten 2 Jahren gegen Mitarbeiter in Leitungsfunktionen z.B. wegen wettbewerbsbeschränkender Absprachen bei Ausschreibungen

(§ 298 StGB), Bestechung im geschäftlichem Verkehr (§ 299 StGB), Baugefährdung (§ 319 StGB), unerlaubter Umgang mit gefährlichen Stoffen (§ 326 StGB), Betrug (§ 263 StGB), Bestechung (§ 334 StGB) vorliegen, die mit einer Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder mit einer Geldstrafe von 90 Tagessätzen geahndet wurden.“

- h) Angaben, dass die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt wurde, durch Vorlage einer gültigen Freistellungsbescheinigung und einer aktuellen Unbedenklichkeitsbescheinigung der Sozialkasse, die nicht älter als 12 Monate sein darf.
- i) Angaben, dass das Unternehmen bei der Berufsgenossenschaft angemeldet ist, durch Vorlage einer qualifizierten Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft bzw. des Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen, die nicht älter als 12 Monate sein darf.
- v) Die Zuschlagsfrist endet am 31. Juli 2013.
- w) Beschwerdestelle:

Freie und Hansestadt Hamburg, Finanzbehörde,
SBH | Schulbau Hamburg,
Frau Gertrud Theobald (Geschäftsführung),
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Telefax: 040/4 27 31 - 01 37

Hamburg, den 26. April 2013

Die Finanzbehörde

402

Öffentliche Ausschreibung

- a) Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer
Zentrale Vergabestelle K 5,
Sachsenfeld 3-5, 20097 Hamburg,
Telefon: 040/4 28 26 - 24 94, Telefax: 040/4 28 26 - 2488,
E-Mail: zentralevergabestelle@lsbg.hamburg.de
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A)
- c) Entfällt
- d) Öffentliche Ausschreibung
- e) Hamburg, A7-Elbtunnel, 2. und 3. Röhre.
- f) Vergabenummer: **ÖA-K5-173/13**
Bauvorhaben
Wesentliche Leistungen:
Elektroarbeiten
Erneuerung des Antennenschlitzkabel im Südbereich der 2. und 3. Röhre des A7-Elbtunnels.
- g) Entfällt
- h) Entfällt
- i) Beginn: frühestens 17. Juni 2013, Ende: 29. Juni 2013.
- j) Nebenangebote sind nicht zugelassen.
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Einsichtnahme:
Vom 29. April 2013 bis 14. Mai 2013, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr.
Anschrift:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, RB/ZVA,
Zimmer E 228, Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg,
Telefax: 040/4 28 40 - 25 54
- l) Höhe des Kostenbeitrages: 10,- Euro
Erstattung: Nein

Zahlungsweise: Banküberweisung, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.

Empfänger:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Konto-Nr.: 375 202 205, BLZ: 200 100 20

Geldinstitut: Postbank Hamburg

Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift Buchstabe k) schicken.

- m) Entfällt
- n) Die Angebote können bis zum 16. Mai 2013, 10.30 Uhr, eingereicht werden.
- o) Anschrift:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Eröffnungsstelle RB/ZVA, Zimmer E231,
Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg
- p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 16. Mai 2013 um 10.30 Uhr
Anschrift: siehe Buchstabe o)
Bieter und ihre Bevollmächtigten.
- r) siehe Vergabeunterlagen.
- s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.
- t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen. Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmen beizubringen.
- v) Die Zuschlagsfrist endet am 20. Juni 2013
- w) Beschwerdestelle:
Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer,
Geschäftsführer (GF),
Sachsenfeld 3-5, 20097 Hamburg,
Telefax: 040/4 28 26 - 22 04

Hamburg, den 25. April 2013

Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer 403

Öffentliche Ausschreibung

- a) Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer
Zentrale Vergabestelle K 5,
Sachsenfeld 3-5, 20097 Hamburg,
Telefon: 040/4 28 26 - 24 96, Telefax: 040/4 28 26 - 2488,
E-Mail: zentralevergabestelle@lsbg.hamburg.de
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A)
- c) Entfällt
- d) Öffentliche Ausschreibung
- e) Hamburg, Bundesautobahn A7, Elbtunnel.
- f) Vergabenummer: **ÖA-K5-171/13**
Bauvorhaben: A 7 – Elbtunnel 2. Röhre (Mittleröhre).
Wesentliche Leistungen:
Betoninstandsetzung und Anbringen von Spaltwandplatten; Überbauung Nord – Anbringen von Spaltwandplatten (1600 m²); Schildvortrieb – Sanierung östl. Betonsockel und Anbringen Spaltwandplatten (600 m²).

g) Entfällt

h) Entfällt

i) Beginn: Juli 2013, Ende: 15. Oktober 2013.

j) Nebenangebote sind zugelassen.

k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Einsichtnahme:

Vom 30. April 2013 bis 15. Mai 2013, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr.

Anschrift:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, RB/ZVA,

Zimmer E 228, Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg,

Telefax: 040/4 28 40 - 25 54

l) Höhe des Kostenbeitrages: 12,– Euro

Erstattung: Nein

Zahlungsweise: Banküberweisung, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.

Empfänger:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Konto-Nr.: 375 202 205, BLZ: 200 100 20

Geldinstitut: Postbank Hamburg

Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift Buchstabe k) schicken.

m) Entfällt

n) Die Angebote können bis zum 16. Mai 2013, 9.30 Uhr, eingereicht werden.

o) Anschrift:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,

Eröffnungsstelle RB/ZVA, Zimmer E231,

Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg

p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.

q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 16. Mai 2013 um 9.30 Uhr

Anschrift: siehe Buchstabe o)

Bieter und ihre Bevollmächtigten.

r) siehe Vergabeunterlagen.

s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.

t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.

u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen. Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmen beizubringen.

Der Bieter hat weiterhin auf gesondertes Verlangen nachfolgend genannte Angaben und Nachweise vorzulegen: Qualifikation SIGEKO, Qualifikation für Korrosionsschutz, Qualifikation für Betoninstandsetzung, Material- und Stoffangaben.

v) Die Zuschlagsfrist endet am 27. Juni 2013

w) Beschwerdestelle:

Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer,

Geschäftsführer (GF),

Sachsenfeld 3-5, 20097 Hamburg,

Telefax: 040/4 28 26 - 22 04

Hamburg, den 26. April 2013

Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer 404

Gerichtliche Mitteilungen

Konkursverfahren

65 a N 381/95. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Herrn Rechtsanwalt Dr. **Hans-Erich Dabelstein**, Treudelberg 2, 22397 Hamburg, wird zur Wahl eines Gläubigerausschusses Termin auf **Donnerstag, den 20. Juni 2013, 10.30 Uhr**, Saal B 405, IV. Etage, Anbau vor dem Insolvenzgericht Hamburg, Sievekingplatz 1, Ziviljustizgebäude, 20355 Hamburg, bestimmt.

Hamburg, den 23. April 2013

Das Amtsgericht, Abt. 67
405

Konkursverfahren

65 a N 160/88. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Herrn **Wolfgang Goerigk**, Feuerwehrstraße 6, 21680 Stade, Inhaber der Einzelfirma Dörling, Neuer Wall 40, 20095 Hamburg, wird nach Abhaltung des Schlusstermins hierdurch aufgehoben. Dem Konkursverwalter wird für seine weiteren Tätigkeiten bei der Verwertung weiteren, nach Abhaltung des Schlusstermins ermittelten Vermögens, sowie der umfangreichen Ermittlung von Kontendaten der Gläubiger eine weitere Vergütung wie folgt festgesetzt:

Vergütung:	11 464,29 Euro
abzüglich darin enthaltene Umsatzsteuer (7 %):	<u>750,00 Euro</u>
fiktive Nettovergütung:	10 714,29 Euro
zuzüglich hälftige allgemeine Umsatzsteuer (12 %) auf ermäßigten Betrag:	<u>1 285,71 Euro</u>
Bruttovergütung:	<u>12 750,00 Euro</u>

Hinsichtlich der Berechnung der Umsatzsteuer wird auf den Beschluss des BGH von 20. November 2003 (IX ZB 469/02) verwiesen.

Zur Begründung wird auf den Antrag des Konkursverwalters vom 23. November 2012 Bezug genommen.

Hamburg, den 25. April 2013

Das Amtsgericht, Abt. 65
406

Zwangsversteigerung

71 w K 82/12. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Wellingsbütteler Landstraße 26 be-

gene, im Grundbuch von Klein Borstel Blatt 2383 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 566/10 000 Miteigentumsanteilen an dem 2161 m² großen Flurstück 744, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Nummer 10, durch das Gericht versteigert werden.

Die etwa 88,8 m² große 3 1/2-Zimmer-Wohnung befindet sich im II. Obergeschoss des Hauseingangs Nummer 26. Zur Wohnung gehört ein Kellerraum. Die Wohnung soll zur Zeit vermietet sein.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG 135 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Mittwoch, den 3. Juli 2013, 9.30 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg, Caffamacherreihe 20, II. Stock, Saal 224.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann im Internet unter www.zvg.com heruntergeladen oder auf der Geschäftsstelle, Caffamacherreihe 20, Zimmer 225, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 17. Oktober 2012 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Wohnungseigentums oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 3. Mai 2013

Das Amtsgericht, Abt. 71
407

Zwangsversteigerung

616 K 6/12. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in der Hermann-

Allmers-Straße 13, 21077 Hamburg belegene, im Grundbuch von Harburg Blatt 11 363 eingetragene Erbbaurecht an dem 440 m² großen Flurstück Wilsdorf 428, durch das Gericht versteigert werden.

Laufzeit bis zum 31. Mai 2039. Doppelhaushälfte, Baujahr 1930; Wohnfläche etwa 91 m². 2 Wohngeschosse (Erdgeschoss/Dachgeschoss) mit 3 2/2 Zimmer, Küche, Sanitär-/Nebenräume und Terrasse. Garage. Investitionsbedarf ist gegeben. Gas-Zentralheizung. Warmwasserversorgung erfolgt über elektrische Durchlauferhitzer. Es besteht Renovierungs- und Modernisierungsbedarf. Die Nutzung erfolgt durch Schuldner. Für die Erteilung des Zuschlags ist die Zustimmung des Erbbaurechtausgebers notwendig.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 130 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Dienstag, den 18. Juni 2013, 9.00 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Harburg, Bleicherweg 1, Saal 04 (Souterrain).

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 101, montags bis freitags (außer mittwochs) von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, Telefon: 040/4 28 71 - 24 06, eingesehen oder im Internet unter www.zvg.com, www.zvhh.de und www.versteigerungspool.de abgerufen werden.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 14. Februar 2012 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Objekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die

Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 3. Mai 2013

**Das Amtsgericht
Hamburg-Harburg**

Abteilung 616 408

Zwangsversteigerung

717 K 43/12. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Hasselbrookstraße 29 belegene, im Grundbuch von Eilbek Blatt 5943 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 60 501/1 000 000 Miteigentumsanteilen an dem 848 m² großen Flurstück 1596, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung und dem Abstellraum im Keller, jeweils mit der Nummer 2 im Aufteilungsplan bezeichnet, durch das Gericht versteigert werden.

Die zum Zeitpunkt des Ortstermins vermietete 1 1/2-Zimmer-Wohnung zu einer Größe von etwa 52,9 m² befindet sich im Erdgeschoss rechts „Hassel-

brookstraße 29“. Errichtung des Mehrfamilienwohnhauses etwa 1956. Beheizung der Wohnung vermutlich über Gasaußenwandheizungen. Eine Innenbesichtigung wurde dem Sachverständigen nicht ermöglicht.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 102 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Mittwoch, den 10. Juli 2013, 10.00 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Wandsbek, Schädlerstraße 28, II. Stock, Saal 216.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 220, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr eingesehen werden. Telefon: 040 / 4 28 81 - 29 10 / - 29 11. Infos auch im Internet: www.zvg.com.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 12. Oktober 2012 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem

Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Objekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 3. Mai 2013

**Das Amtsgericht
Hamburg-Wandsbek**

Abteilung 717 409

Sonstige Mitteilungen

**Bekanntmachung
einer Öffentlichen Ausschreibung
gemäß § 12 Absatz 1 VOB/A**

Ausschreibungsnummer: C2026-13 XFEL

a) Auftraggeber:

Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY
Haus- und Lieferanschrift:
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Briefpost: 22603 Hamburg
Telefon: 040/89 98 - 24 80, Telefax: 040/89 98 - 40 09

b) Vergabeverfahren:

Öffentliche Ausschreibung gemäß VOB Teil A § 3 Absatz 1.

c) Elektronische Auftragsvergabe:

Elektronisch übermittelte Angebote können nicht angenommen und gewertet werden.

d) Art des Auftrags:

Einheitspreisvertrag

e) Ort der Ausführung:

Betriebsgelände Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY in Hamburg.

f) Art und Umfang der Leistung:

Verlegung einer Sicherheitsleitung im XTL-Tunnel für das XFEL-Projekt. Herstellung und Montage einer DN200-Rohrleitung nach DGRL 97/23/EG.

g) Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn Planungsleistungen gefordert werden: entfällt

h) Losweise Vergabe: entfällt

i) Ausführungsfristen für die Baumaßnahme:

Mit der Ausführung ist zu beginnen innerhalb von 12 Tagen nach Aufforderung. Die Leistung ist zu vollenden (abnahmereif fertig zu stellen): in der 52. Kalenderwoche 2013, spätestens am letzten Werktag dieser Kalenderwoche.

j) Änderungsvorschläge oder Nebenangebote

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

k) Anforderungen der Unterlagen und Einsichtnahme in weitere Unterlagen unter Angabe der Ausschreibungsnummer C2026-13 XFEL:

Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY,
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Telefon: 040/89 98 - 24 80, Telefax: 040/89 98 - 40 09
E-Mail: warenwirtschaft.v4sk@desy.de

l) Höhe und Bedingungen für die Zahlung des Betrages, der für die Unterlagen zu entrichten ist: entfällt

m) Bei Teilnahmeantrag:

Anträge auf Teilnahme/Angebotsunterlagen können bis zum 10. Mai 2013 an die unter Buchstabe k) aufgeführte Anschrift gestellt werden. Die Aufforderungen zur Angebotsabgabe werden bis zum 11. Mai 2013 versendet.

n) Frist für den Eingang der Angebote:

Bis Dienstag, den 28. Mai 2013 um 10.00 Uhr im Gebäude 11 a, Zimmer 012, Kellergeschoss, DESY, Notkestraße 85, 22607 Hamburg.

o) Anschrift:

Die Angebote sind im verschlossenen Umschlag mit der Kennzeichnung

C2026-13 XFEL

Angebotstermin: 28. Mai 2013, Uhrzeit 10.00 Uhr

per Briefpost/Boten zu richten an:

Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY

Haus- und Lieferanschrift:

Notkestraße 85, 22607 Hamburg

Briefpost: 22603 Hamburg

oder durch persönliche Abgabe bis vor dem Eröffnungstermin einzureichen.

p) Sprache:

Die Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen.

q) Eröffnung:

Donnerstag, den 28. Mai 2013 um 10.00 Uhr
im Gebäude 11 a, Zimmer 012, Kellergeschoss,
DESY, Notkestraße 85, 22607 Hamburg.

Bieter oder ihre Bevollmächtigten können bei der Eröffnung anwesend sein.

r) Geforderte Sicherheiten:

sind den Ausschreibungsbedingungen zu entnehmen.

s) Zahlungsbedingungen:

sind den Ausschreibungsbedingungen zu entnehmen.

t) Rechtsform einer Bietergemeinschaft:

Angabe der gesamtschuldnerisch haftenden Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.

u) Verlangte Nachweise bzw. Erklärungen:

- Steuerabzugsverfahren bei Bauleistungen: Nach dem Gesetz zur Eindämmung illegaler Betätigung im Baugewerbe vom 30. August 2001 ist der Auftraggeber verpflichtet, ab dem 1. Januar 2002 von jeder Zahlung 15 v.H. an das für den Auftragnehmer zuständige Finanzamt abzuführen, wenn der Auftragnehmer vor der Gegenleistung keine Freistellungsbescheinigung vorlegt. Im Rahmen der Prüfung der Zuverlässigkeit eines Bieters ist es daher notwendig, bei Angebotsabgabe spätestens jedoch bei Auftragserteilung eine Freistellungsbescheinigung vorzulegen oder die Gründe für die Nichtvorlage mitzuteilen.
- Eignungsnachweise: Der Nachweis der Eignung kann durch einen Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden. Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 „Eigenerklärungen zur Eignung“ des Vergabehandbuchs Bund vorzulegen. Auf Verlangen sind die entsprechenden Eigenerklärungen und Referenzen durch Vorlage von Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Der Auftraggeber wird ab einer Auftragssumme von 30.000,- Euro für den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gemäß § 150 a der GewO beim Bundesamt für Justiz anfordern. Angebote ohne die verlangten Nachweise/Erklärungen können nicht berücksichtigt werden.

v) Zuschlagsfrist: 27. Juni 2013

w) Stelle, an die sich der Bewerber oder Bieter zur Nachprüfung behaupteter Verstöße wenden kann:

Kaufmännisches Mitglied des Direktoriums des Deutschen Elektronen-Synchrotrons DESY.

Hamburg, den 25. April 2013

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY 410

Auftragsbekanntmachung

**D-Hamburg: Bauarbeiten für Industriebauten
2013/S 083-139695**

Bauftrag

Richtlinie 2004/18/EG

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) Name, Adressen und Kontaktstelle(n)

Offizielle Bezeichnung:

European X-Ray

Free-Electron Laser Facility GmbH

Notkestraße 85, 22607 Hamburg, Deutschland

Telefon: +49/40/8998-5664

Telefax: +49/40/8998-4009

Zu Händen von Herrn Priemer

E-Mail: hochbau@xfel.eu

Internet-Adresse(n)

Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers:

http://www.xfel.eu

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an:

die oben genannten Kontaktstellen

I.2) Art des öffentlichen Auftraggebers:

GmbH

I.3) Haupttätigkeit(en)

Forschung

I.4) Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) Beschreibung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:

XEO 003-13 XFEL-Röntgenlaser,

Los 7.4 Technikgebäude XHPSC und

Medienkanäle 3. BA, erweiterte Rohbauarbeiten

II.1.2) Art des Auftrags und Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung

Bauftrag

Planung und Ausführung

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung:

Holzoppel 4, 22869 Schenefeld

NUTS-Code DEF09

II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.

- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –
- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:
Die European X-Ray Free-Electron Laser Facility GmbH plant auf dem neuen Betriebsgelände in Schenefeld den Neubau des Technikgebäudes XHPSC sowie von Medienkanälen (3. BA) als Teil des neuen Röntgenlasers. Das Gebäude beinhaltet das Pumpenhaus und die Elektrozentrale und wird über unterirdische Medienkanäle mit der Experimentierhalle verbunden sind. Zu dem Gebäude gehört auch eine überdachte Aufstellfläche für 5 Transformatoren an der Außenwand der Halle.
- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge: (CPV)
Hauptgegenstand: 45213250
- II.1.7) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA): –
- II.1.8) Aufteilung des Auftrags in Lose: Nein
- II.1.9) Angaben über Varianten/Alternativangebote
Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:
Die Elektrozentrale hat eine Grundfläche von ca. 41,89 m x 16,94 m, das Pumpenhaus von ca. 75,79 m x 15,94 m. Die Halle ist überwiegend eingeschossig, ist aber in Teilbereichen unterkellert. Die Elektrozentrale besitzt eine Höhe von ca. 6,00 m, das Pumpenhaus von ca. 8,50 m. Die OKFF des Erdgeschosses liegt auf +24,50 mNN, die des Kellers auf +20,80 mNN. Die mit der Halle zu erstellenden Medienkanäle haben eine Gesamtlänge von ca. 80 m und einen Querschnitt im Lichten von ca. 4,00 m x 3,00 m und sind komplett erdüberdeckt.
Der ausgeschriebene Leistungsumfang umfasst die Erdarbeiten, Abbrucharbeiten, Beton- und Stahlbetonarbeiten, Maurer- und Estricharbeiten, Stahlbau- und Schlosserarbeiten, Dachdeckungs- und Dachabdichtungsarbeiten, Fassadenbekleidung, Metallbauarbeiten, Bauwerksabdichtung, Beschichtungsarbeiten, Erdung und Sanitärarbeiten. Ebenfalls zum Leistungsumfang der Ausschreibung gehört die komplette Ausführungsplanung.
Mit der Ausführungsplanung ist unmittelbar nach Auftragserteilung zu beginnen. Die weiteren Termine sehen vor, mit den Erdarbeiten am 1. August 2013 anzufangen und die erweiterten Rohbauarbeiten im Zeitraum 5. September 2013 bis 26. Mai 2014 auszuführen.
- II.2.2) Angaben zu Optionen
Optionen: Nein
- II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung
Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein
- II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung**
Laufzeit: 10 Monate ab Auftragsvergabe.

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE ANGABEN

III.1) **Bedingungen für den Auftrag**

- III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:
Siehe Vergabeunterlagen.
- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:
Siehe Vergabeunterlagen.
- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:
Siehe Vergabeunterlagen.
- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen
Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Nein

III.2) **Teilnahmebedingungen**

- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
Eintragung in die Liste des Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) oder Eigenerklärungen gem. Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung). Soweit zuständige Stellen Eigenerklärungen bestätigen, sind von Bieter, deren Angebote in die engere Wahl kommen, die entsprechenden Bescheinigungen vorzulegen. Das Formblatt 124 ist den Ausschreibungsunterlagen beigelegt.
- III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit:
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
Eintragung in die Liste des Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) oder Eigenerklärungen gem. Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung). Soweit zuständige Stellen Eigenerklärungen bestätigen, sind von Bieter, deren Angebote in die engere Wahl kommen, die entsprechenden Bescheinigungen vorzulegen. Das Formblatt 124 ist den Ausschreibungsunterlagen beigelegt. Nachweis der Betriebshaftpflichtversicherung mit Deckungssummen für Personen- und Sachschäden von jeweils 1,5 Mio. Euro pro Jahr.
- III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit:
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
Eintragung in die Liste des Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) oder Eigenerklärungen gem. Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung). Soweit zuständige Stellen Eigenerklärungen bestätigen, sind von Bieter, deren Angebote in die engere Wahl kommen, die entsprechenden Bescheinigungen vorzulegen. Das Formblatt 124 ist den Ausschreibungsunterlagen beigelegt.
- III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand: –

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal: –

ABSCHNITT IV: VERFAHRENIV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Offen

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefördert werden: –

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) Zuschlagskriterien: Niedrigster Preis

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion
Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: NeinIV.3) **Verwaltungsangaben**

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber: XEO 003-13

IV.3.2) Frühere Bekanntmachung(en) desselben Auftrags: Nein

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:
Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 6. Juni 2013
Kostenpflichtige Unterlagen: NeinIV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:
18. Juni 2013, 10.00 Uhr

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können: Deutsch

IV.3.7) Bindefrist des Angebots: bis 2. August 2013

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:

18. Juni 2013, 10.00 Uhr

Ort: Notkestraße 85, 22607 Hamburg,
Gebäude 11 a, Raum 012

Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja

Weitere Angaben über befugte Personen und das Öffnungsverfahren: Bieter oder bevollmächtigte Bietervertreter.

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABENVI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein

VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein

VI.3) **Zusätzliche Angaben**

Bietergemeinschaften sind zugelassen. Die genannten Eignungsnachweise sind jeweils für die einschlägigen Mitglieder einer Bietergemeinschaft beizubringen.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Vergabekammer des Bundes
beim Bundeskartellamt
Villemomblerstraße 76, 53123 Bonn,
Deutschland,
Telefon: +49/228/94 99 - 0
Telefax: +49/228/94 99 - 163

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen: –

VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt: –

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

26. April 2013

Hamburg, den 26. April 2013

European X-Ray Free-Electron

411